

BILD.de, 6. Juni

DIE GROSSE SPARKLAUSUR IM KANZLERAMT Jetzt hilft nur noch Beten EINSPARUNGEN VON RUND 11 MRD. IM NÄCHSTEN JAHR – BEIM ELTERNGELD UND BEI ARBEITSLOSEN?

Von Andreas Thewalt

So harte Einschnitte hat bisher noch keine Regierung geplant ...

Die siebenseitige Liste mit Sparvorschlägen umfasst nach DAPD-Informationen eine Reihe von Kürzungen, unter anderem beim Elterngeld und bei den Ausgaben für Arbeitslose.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte bereits im Vorfeld klar gemacht, dass es vermutlich auch Einschnitte im Sozialetat geben wird.

Vor Beginn der Klausur traten Kanzlerin Angela Merkel, FDP-Chef und Vizekanzler Guido Westerwelle und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) noch einmal

BILD vom 8. Juni, Seite 2 (BILD-Kommentar)

Die Richtung stimmt

Von Nikolaus Blome

Geht doch.

Zum eigentlich ersten Mal in acht Monaten macht Schwarz-Gelb entschlossen einen Punkt. Das Milliarden-Sparprogramm hat Hand und Fuß.

Es räumt Arbeitsmarkt-Programme ab, die zu streichen niemandem wirklich schadet.

Es kürzt Zusatz-Leistungen bei jenen Gruppen, die in den letzten fünf Jahren oft zu den Gewinnern zählten.

BILD.de, 8. Juni

80 MILLIARDEN EURO BIS 2014

Darum ist das Sparpaket gerecht BILD.de erklärt, warum die sozialen Einschnitte notwendig sind +++ Was meinen Sie? Stimmen Sie ab!

Von Nikolaus Blome

Es ist das größte Sparpaket aller Zeiten! 80 Milliarden Euro werden bis 2014 eingespart!

Jetzt diskutiert Deutschland: ist das Paket gerecht?

Scharfe Kritik am „Tag danach“ kommt selbst von Unionpolitikern! Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion läuft Sturm.

... Auch die Sozialverbände prügeln auf die Regierung ein, drohen mit Protesten!

Sogar Ex-Bischöfin Margot Käßmann hat zum Widerstand aufgerufen!

Doch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gehen auf Verteidigungskurs!

Die soziale Balance werde gewahrt, sagte von der Leyen. Schäuble sprach von ausgewogenen Kürzungen. Auch Christian Wulff (CDU), Präsidentschaftskandidat von Schwarz-Gelb, hat der Regierung Rückendeckung gegeben. Er halte „das Gesamtpaket für sozial ausgewogen“.

WUT-WELLE IN DEN ARBEITSÄMTERN? Bislang nicht!

Die Spar-Debatte spaltet Deutschland: BILD.de klärt: Darum ist das Sparpaket gerecht!

• Von den insgesamt 13 Milliarden Euro Einsparungen

vor die Presse.

Ihre Botschaft: Nun ist die Zeit des radikalen Sparens gekommen!

... Droht uns jetzt auch eine Steuererhöhung?

Dazu die Kanzlerin: „Wir setzen darauf, die Ausgaben-seite in Ordnung zu bringen.“ Doch erste Stimmen in der Union halten die Erhöhungen bereits für unvermeidbar ...

... Kann Schwarz-Gelb den Hebel mit der Sparklausur umlegen – und noch einmal richtig neu beginnen?

Das Problem: Es kracht und knallt noch immer an allen Ecken und Enden der Koalition. Ob Sparpolitik, Gesundheitsreform, Bundeswehr oder Atompolitik: keine Linie, kaum Konsens, nur Hauen und Stechen und aggressive Stimmung.

... **Rösler ist jetzt stinksauer auf die CSU. Der ist das piepegal. Denn den Schaden haben Rösler und die FDP.**

... **Die Koalitionäre vermissen Führung durch Kanzlerin und Vizekanzler. Nicht nur in der FDP wird von Merkel Führung und Standpunkt vermisst.**

Es bittet Beamte zur Kasse, weil sie trotz Krise einen sicheren Job haben.

Und auch wenn manch weitere Einsparung oder Einnahme vorerst nur auf dem Papier steht – die Richtung stimmt: Der Staat nimmt sich zurück, weil er sich nicht mehr leisten will, was nur auf Pump zu finanzieren ist. Jeder Privatmensch würde mit den eigenen Finanzen dasselbe machen.

Darum ist das Programm auch nicht herzlos, wie die Opposition ruft. Nein.

Spät genug haben sich Union und FDP ein Herz genommen. Dafür sind sie mit Mehrheit gewählt worden.

beziehungsweise Mehreinnahmen für 2011 stammen fünf aus dem Sozialbereich, fünf von den Unternehmen, und ungefähr drei Milliarden spart der Staat bei seinen Beamten und anderen Ausgaben (unter anderem bei der Bundeswehr). Zum Vergleich: Von den Bundesaussgaben insgesamt fließen rund 50 Prozent in den Sozialbereich. Heißt: Die Sozial-Kürzungen sind unterproportional.

• Der Blick auf die einzelnen Einsparungen im Sozialbereich lehrt wiederum: Auch hier geht es im Prinzip gerecht zu.

• **Zwei Milliarden Euro sollen bei Bund und Bundesagentur für Arbeit durch die Umstellung von „Pflicht-“ auf „Ermessensleistungen“ gespart werden. ... Hintergrund sind zahllose Klagen über Pflicht-Kurse, die von den Teilnehmern nur „abgesessen“ werden, ohne das sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt nennenswert verbessern.**

Außerdem wird der Wildwuchs der Programme beschnitten. Laut FDP-Chef Guido Westerwelle gibt es allein für junge Langzeitarbeitslose 230 verschiedene Programme.

• 200 Millionen Euro fallen mit der Streichung des Übergangszuschlages weg, den die große Koalition für Bezieher von Arbeitslosengeld I eingeführt hat. Das sollte die Einkommenseinbußen abfedern, die nach längerer Arbeitslosigkeit beim Übergang von Arbeitslosengeld I zu Hartz IV entstehen.

ABER: Genau diese Einbußen waren Teil der Logik der Arbeitsmarktreformen. Die Sorge vor Hartz IV sollte den Druck auf Arbeitslose erhöhen, sich eine neue Stelle zu suchen. Darauf kommt Schwarz-Gelb jetzt zurück. Mehr

nicht.

- Sattete 1,8 Milliarden Euro spart die Streichung des Rentenzuschusses für Langzeitarbeitslose. Dieser Zuschuss aus Steuergeld erzeugte beim einzelnen Betroffenen nur minimale Rentenansprüche (2,09 Euro pro Monat). Wer wirklich etliche Jahre arbeitslos war, bekam trotz des Zuschusses nur staatliche Grundsicherung. Daran ändert sich durch die Streichung nichts; kein Langzeitarbeitsloser steht schlechter da als zuvor. Die Kürzung belastet allerdings die Rentenkasse, der nun die 1,8 Milliarden Euro Einnahmen pro Jahr fehlen. Sollte das zu Beitragserhöhungen führen, werden aber nicht die Arbeitslosen getroffen, sondern die Arbeitnehmer, die Beiträge einzahlen.

- 600 Millionen Euro werden beim Elterngeld gespart. Das trifft zum einen Besserverdienende, die in den 12 bis 14 Monaten nach der Geburt eines Kindes künftig 65 statt 67 Prozent ihres Nettoverdienstes bekommen. Es trifft zudem Hartz-IV-Empfänger, die bislang 300 Euro pro Monat Elterngeld bekamen.

ABER: Elterngeld sollte Verdienstaufschlag ausgleichen. Arbeitslose haben einen solchen Verdienst nicht, trotzdem gönnte ihnen die große Koalition diese Zahlung. Warum, konnte nie jemand erklären. Vielmehr stellte sich Anfang des Jahres die Frage, ob nicht gerade wegen solcher Sonderzulagen der Abstand zwischen Hartz-IV-„Einkommen“ und einem Gehalt für weniger qualifizierte Arbeiten so klein geworden ist, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt.

- Die Streichung des Heizkostenzuschusses führt zu 100

SZ vom 26. Mai

Rettung mit dem Rasenmäher

Von Guido Bohsem und Claus Hulverscheidt

Mehr als 80 Milliarden Euro Schulden, eine immer noch labile Konjunktur und große Sorgen um die Stabilität des Euro – nachdem die schwarz-gelbe Koalition die ersten sieben Monate ihrer Regierungszeit beinahe untätig verstreichen lassen hat, ist sie nun zum Handeln gezwungen. Will sie die Auflagen des europäischen Stabilitätspaktes erfüllen und die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten, muss die Bundesregierung in den kommenden Tagen und Wochen ein gigantisches Sparpaket auf den Weg bringen. Die Einzelheiten sind noch nicht vereinbart. Doch schon jetzt ist klar, die Kürzungen werden so gut wie jeden treffen, direkt oder indirekt. Zur Debatte stehen höhere Sozialabgaben, das Streichen von Steuervergünstigungen, der Abbau von Subventionen und unter Umständen sogar Steuererhöhungen. ... Die SZ nennt zentrale Ansätze und zeigt, ob sie durchführbar sind oder nicht.

Sozialausgaben

Wegen der Defizite im Etat wird die Sparwelle auch die sozialen Sicherungssysteme treffen. Denn der Bund steckt einen Großteil seines Geldes in die Rentenversicherung, das Gesundheitssystem und in die Unterstützung von Arbeitslosen. So macht der Zuschuss an die Rentenkasse etwa 80 Milliarden Euro aus. Die Krankenkassen erhalten 15,7 Milliarden Euro, die Bundesagentur für Arbeit einen Zu-

SZ vom 8. Juni

Koalition ohne Idee

Von Claus Hulverscheidt

Seit genau 222 Tagen ist die christlich-liberale Koalition

Millionen Euro weniger Ausgaben. Hintergrund: Eingeführt wurde der Zuschuss für Wohngeldempfänger (Hartz-IV-Empfänger und einige Hunderttausend Rentner) 2009 wegen des Energiekosten-Hochs. Das hat sich entspannt.

Im Klartext: Es geht vor allem um Sozialleistungen, die entweder nicht das erreichen, was sie erreichen sollen, oder die Zusatzleistungen aus besseren Zeiten. Sie zu streichen, soll nicht gerecht sein? Lachhaft.

ECHO AUF DEN SPARHAMMER

Wie gut ist Merkels Sparpaket wirklich?

... Deutschland diskutiert – sind Merkels Maßnahmen gerecht? Wie gut ist das Sparpaket wirklich?

Die Meinung der Leser wogt hin und her.

Das aktuelle Ergebnis der BILD-Blitz-Umfrage: 60 Prozent halten das Sparpaket für ungerecht.

Aber es gibt auch viele positive Kommentare:

So schreibt etwa BILD.de-Nutzer „Crazykeks“: „Im Grunde hat dieses Sparpaket schon den einen oder anderen guten Ansatz. Allerdings fehlt mir an gewissen Stellen etwas. Was ist denn zum Beispiel mit einer Anhebung der Vermögenssteuer? Es sollte ja schließlich jeder etwas beisteuern.“ Neben Zuspruch gibt es aber auch Kritik: „Na toll – Hartz-4-Empfänger und Arbeitslose sollen dafür zahlen, dass die Griechen mit 50 in Pension gehen und wir den Rest von Europa auch noch unterstützen können“, schreibt BILD.de-Nutzer „WSommer51“.

schuss von elf Milliarden Euro. Die Grundsicherung für Langzeitarbeitslose kostet 38,3 Milliarden Euro.

Kürzungen in diesen Bereichen sind schwer durchzusetzen, denn sie führen zu Konsequenzen, die die meisten Bürger deutlich spüren: geringere Leistungen oder höhere Beiträge. Die Opposition hätte es zudem leicht, die Regierung anzugreifen – mit dem Argument, man kürze bei den Schwächsten der Gesellschaft. ...

Ohne Bundesrat geht wenig

Wer schon mal versucht hat, die eigenen Ausgaben zusammenzustrichen, wird gemerkt haben, wie wenig Spielraum es gibt. Viele Ausgaben wie etwa Miete, Kredit und Heizung können gar nicht oder nur schwer verändert werden. Im Bundeshaushalt ist es ähnlich. Nur etwa 20 Prozent der jährlichen Ausgaben von etwa 319,5 Milliarden Euro sind weder vertraglich noch gesetzlich gebunden. Im Fachvokabular der Haushälter ist von flexibilisierten und disponiblen Ausgaben die Rede. Unter flexibilisierten Ausgaben alle Verwaltungskosten zusammengefasst – vom Büromaterial bis hin zu Personalausgaben. Disponible Ausgaben sind zwar geplant, aber noch nicht vertraglich vereinbart. In beiden Bereichen will Finanzminister Wolfgang Schäuble jährlich 2,8 Milliarden Euro einsparen. Der Vorteil: Die schwarz-gelbe Koalition kann hier ohne Zustimmung des Bundesrates kürzen. Bei den gesetzlich gebundenen Ausgaben muss die Länderkammer meist zustimmen. Das macht es schwierig, denn seit den Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben Union und FDP dort keine Mehrheit mehr.

nun im Amt, und nicht einmal die Betroffenen selbst bestreiten noch ernsthaft, dass es 222 verlorene Tage waren. Es gibt nichts, was diese Regierung auf nationaler Ebene bisher vorzuweisen hätte ... Insofern ist es, so anspruchslos

das auch klingen mag, schon eine gute Nachricht, dass sich CDU, CSU und FDP auf ein Sparprogramm verständigt haben. Ein Scheitern hätte das Ende von Angela Merkels "Wunschkoalition" bedeutet.

Die zweite gute Nachricht lautet, dass das Paket rein vom Volumen her den Anforderungen genügt. Das gigantische Haushaltsdefizit des Bundes wird damit in den kommenden Jahren Schritt für Schritt auf ein erträgliches Maß schrumpfen, die Vorgaben des Grundgesetzes und des EU-Stabilitätspakts werden – zumindest auf dem Papier – erfüllt. ...

Vor einer systematischen Überprüfung aller Subventionen ... haben sich Kanzlerin Merkel und ihr Vize Guido Westerwelle wie schon so viele ihrer Vorgänger gedrückt ... Außerdem hat es die Regierung versäumt, den Etat krisenfester zu machen, zum Beispiel durch eine Entscheidung, sämtliche Subventionen nur noch befristet zu gewähren. ...

Das zweite gravierende Problem des Sparprogramms ist die fehlende soziale Balance. Es trifft vor allem die weniger Betuchten. Selbstverständlich sind auch die Ausgaben für Langzeitarbeitslose nicht sakrosankt, sie müssen ebenso auf ihre Zielgenauigkeit hin überprüft werden wie alle an-

SZ vom 9. Juni

Sparpaket? Windbeutel!

Ein Kommentar von Heribert Prantl

Die europäische Misere hat nichts mit der deutschen Sozialpolitik zu tun, die Bankenkrise auch nicht. Man kann den Euro nicht damit reparieren, dass man den Hartzern das Elterngeld streicht. Und man domestiziert den Finanzkapitalismus nicht damit, dass man den Wohngeldempfängern den Heizkostenzuschuss versagt.

Und wenn den Arbeitslosen künftig kein Übergangsgeld mehr bezahlt wird, ändert das an den Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise gar nichts. Der Zugriff auf die sozial Schwachen im sogenannten Sparpaket ist ein Verstoß gegen das Verursacherprinzip. Die Suppe, die die sozial Schwachen jetzt auslöffeln sollen, haben ganz andere eingebrockt.

... Das Sparpaket wurde mit der Begründung gepackt, dass "man" nicht länger "über seine Verhältnisse" leben dürfe. Wer lebt über seine Verhältnisse? Die vom Sparpaket primär Betroffenen, zuallererst die Arbeitslosen, sind es eigentlich nicht, die einem bei dieser Beschreibung zuvorderst einfallen. Saus und Braus herrscht nicht so sehr in den Sozialwohnungen als auf den Finanzmärkten.

Ein schwerer Fehler

Die Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen macht einen schweren Fehler, wenn sie die Gerechtigkeit des Sparpakets damit verteidigt, dass ihr Portefeuille zwar die Hälfte des Bundeshaushalts ausmache, sie aber nur ein Drittel des Sparpakets bestreite. Die Frage der Gerechtigkeit stellt sich nicht bei den betroffenen Haushalten, sondern bei den betroffenen Menschen. Und gerecht ist ein Sparpaket nicht schon dann, wenn es der Mehrzahl der Nichtbetroffenen angenehm ist. Ein Sparpaket ist ungerecht, solange es die Leistungsfähigen schont und vor allem bei denen spart, die keine FDP als Lobby hinter sich haben. Das Sparpaket der schwarz-gelben Koalition erspart sich jedwede Mehrbelastung der Gut- und Sehr-Gut-Verdiener. Es erspart sich jedwede Belastung der Hochvermögenden und der Millionenerben. Es erspart sich fast jeglichen Subventionsabbau. Es erspart sich die Anhebung der verminderten Mehrwertsteuersätze und die Anhebung der Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte. Es erspart sich den Zu-

deren Staatsausgaben. So ist das Elterngeld eine Lohnerersatz-, nicht aber eine Sozialleistung. Daher ist es – rein systematisch betrachtet – richtig, dies nicht länger an Empfänger von Arbeitslosengeld II zu zahlen. Aber: Sparpakete dieser Größe werden gesellschaftlich nur akzeptiert, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es einigermaßen gerecht zugeht. Die geplante Bankensteuer mit einem jährlichen Aufkommen von gerade einmal zwei Milliarden Euro kann man vor diesem Hintergrund deshalb nur als Witz oder gar als Affront betrachten. ...

Schon einmal hat eine Bundesregierung ... eine richtige Reform dadurch diskreditiert, dass sie den Menschen die dahinter stehende Idee nicht erklärte. Heute ist Hartz IV deshalb beinahe ein Schimpfwort. Union und FDP sollten deshalb bei ihrem Sparpaket im eigenen Interesse für mehr System, mehr Ausgewogenheit, mehr Erläuterung sorgen – zumal es eine weitere Parallele zu Rot-Grün gibt: Für die damaligen Protagonisten Gerhard Schröder und Joschka Fischer war Hartz IV die letzte Chance, im Amt zu bleiben. Das Gleiche könnte jetzt für Merkel und Westerwelle gelten.

griff auf diejenigen, die das Desaster auf den Finanzmärkten angerichtet haben.

Die geplante Bankensteuer mit einem Aufkommen von zwei Milliarden Euro bewegt sich für die Banken in einer Größenordnung, den ein Vorstandssprecher der Deutschen Bank einst als "Peanuts" bezeichnet hat. Und die sogenannte Brennelemente-Steuer ist keine Belastung, sondern Teil eines für die Atomindustrie günstigen Deals: Wenn es zur Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke kommt, profitiert die Industrie mit mindestens sechs Milliarden Euro pro Laufjahr – und gibt davon dann zwei an den Staat ab.

Fast sämtliche angebliche Belastungen außerhalb des Bereichs "Arbeit und Soziales" sind Windbeutelereien dieser Art. Sie bleiben vage und müssen noch von Kommissionen durchgerechnet werden. Das Sparpaket ist nur bei den sozial Schwachen ein Sparpaket. Ansonsten ist es ein Windbeutel; und die Politiker, die es als "sozial ausgewogen" bezeichnen sind, um nicht Schlimmeres zu sagen, Spruchbeutel.

Das Merkelsche Sparpaket steht in einer ungunstigen Tradition. Von der Regierungskoalition wird es als "historisch" bezeichnet. Man sollte eher sagen, dass es an falsche Bräuche anknüpft. Seit 1996, seit dem Sparpaket Helmut Kohls, werden die Pakete dieses Namens asymmetrisch gepackt: Die Zumutungen für die sozial Schwachen sind konkret und werden sofort umgesetzt, Belastungen für die Stärkeren dagegen werden zwar angekündigt, aber dann nicht verwirklicht.

Kohl hat, unter anderem deswegen, zwei Jahre nach seinem Sparpaket die Wahl verloren. Genauso erging es Gerhard Schröder zwei Jahre nach der Agenda 2010 ...

Die Armen sind auf Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen auf Ungerechtigkeit; so sagt es Bert Brecht im "Buch der Wendungen". Die Regierung Angela Merkels hält es mit dem zweiten Teil der Wendung. Ohne das Grundgefühl, dass es beim Sparen fair zugeht, wird das Sparen aber als Schröpfen empfunden. Es muss daher ganz dringend und schnell ein zweites Sparpaket gepackt werden, adressiert an die Wohlhabenden und die Reichen dieser Gesellschaft. Solange es dieses zweite Paket nicht gibt, ist das erste ungerecht – und zwar auch dann, wenn es noch ein wenig geschüttelt wird.